

ich-bin-sauarm-Preis: €0,50; mir-geht-es-nicht-schlecht-Preis: €1; meine-Eltern-haben-Mercedes-Aktien-Preis: €100;

REVOLUTION

★ unabhängige Jugendorganisation ★ Nummer 27 ★ Januar/Februar 2008 ★

Ich möchte Teil einer...

**...revolutionären
Jugendbewegung
sein.**

[WWW. REVOLUTION .DE.COM](http://WWW.REVOLUTION.DE.COM)

In dieser Ausgabe ★ Bundeswehr in Schulen ★ Kämpfe in Frankreich ★ Sozialismus in Venezuela?

LIEBE REVO...

HAMBURG OUT OF CONTROL

Am 15. Dezember 2007 versammelten wir uns in Hamburg vor der Roten Flora – etwa 3.000 Linke wollten demonstrieren, gegen die zunehmende Repression, den voranschreitenden Ausbau des Überwachungsstaats, gegen den „Anti-Terror“-Paragrafen 129a und für die Einstellung aller laufenden §129a-Verfahren.

Lautstark und in Ketten ging der Zug los, wurde aber ständig von den Bullen aufgehalten und angegriffen. Diese Provokationen hatten das Ziel, die Situation zu eskalieren – um unser wichtiges Anliegen in Nachrichten über „randalierende Chaoten“ zu ertränken. Doch wir blieben friedlich und die Demo-Leitung beendete die Demo rechtzeitig. Nun strömten wir DemonstrantInnen auf verschiedenen Wegen in die Hamburger Innenstadt, es gab dezentrale Aktionen, spontane Demozüge, politische Slogans auf dem Weihnachtsmarkt.

Wir trugen unsere Message in die Bevölkerung und die Bullen waren überfordert – sie griffen schließlich sogar den Weihnachtsmarkt mit Tränengas an.

von Jalava, Revo Kiel

DEMO IN ROSTOCK

Über 500 Menschen demonstrieren unter dem Motto „Gegen Überwachungsstaat und Justizwillkür!“ am 17. November in Rostock. Die Demonstration richtete sich gegen die zahlreichen Verfahren im Zusammenhang mit den Protesten gegen den G8-Gipfel, gegen den Paragraphen 129a, sowie gegen die geplante Vorratsdatenspeicherung.

Die Kundgebung begann gegen 14 Uhr auf dem Saarplatz. Als es dann losgehen sollte, war der Versammlungsplatz bereits umstellt und der Demozug wurde von den Bullen aufgehalten. Es dauerte anderthalb Stunden, bis die Demo losgehen konnte, unter anderem zum Amtsgericht und zur GESA (Gefangensammelstelle).

Die Demo verlief weitgehend friedlich, wenn man von den Zusammenstößen am Naziladen (ECC) absieht. Hierbei soll es etliche Verletzte gegeben haben, die Bullen setzten Schlagstöcke und Pfefferspray gegen DemonstrantInnen ein.

Trotzdem bleibt festzuhalten, dass die Demo ein erfolgreiches Zeichen der Solidarität mit den Angeklagten war.

von Rafael, Revo Rostock

voller Bericht und Redebeitrag auf unserer Website



FEUER UND FLAMME DER REPRESSION

PROGRESSIV?

Ich habe mir eben den Artikel zu den Straßenkämpfen in Frankreich [auf unserer Website, auch auf Seite 9 in dieser Ausgabe der Zeitung] durchgelesen und wollte an dieser Stelle die Einseitigkeit des Artikels kritisieren. Natürlich ist eine Organisation durchaus erstrebenswert, aber die französische Vorstadtjugend gleich zu einer Art revolutionärer Avantgarde zu machen, halte ich für weit übertrieben. Klar ist es notwendig, sich zu wehren, notfalls auch mit den angewandten Mitteln, und Teile dieser Bewegung mögen ja progressiv sein. Aber wenn ich dann lese, dass Bibliotheken und Kindergärten angezündet werden, dann hat das wirklich nichts mehr mit Progressivität zu tun. An dieser Stelle wäre eine kritischere Sichtweise durchaus angebracht, denn eine oppositionelle Stellung zur Polizei sollte nicht das alleinige Kriterium sein, jemanden zu unterstützen.

von Che90, aus dem Revo-Forum

← ANTWORT DARAUf

Es ist politisch falsch, Kindergärten und Bibliotheken anzuzünden. Bevor mensch sich aber anmaßt, mit dem erhobenen Zeigefinger die Jugendlichen anzuprangern, sollte mensch zur Kenntnis nehmen, dass der Hass der Leute auf diese Einrichtungen einen ganz konkreten Hintergrund hat. Die Vorstadtjugendlichen sind von Bildung und sozialer Leistung völlig ausgeschlossen, und deshalb ist es nicht verwunderlich, wenn sie diese Einrichtungen in ihrer Nachbarschaft nicht als Bereicherung sondern als Zeichen des tagtäglichen Rassismus sehen. Ich finde diese Art von Aktionismus vergleichbar mit der Maschinenstürmerei im 19. Jh. Sie zeugt von einem derzeit geringem Grad an politischem Bewusstsein, jedoch auch von einer langsamen Bewusstseinsfindung der Unterschichten. Deswegen ist der Aufstand an sich absolut unterstützenswert, wenn auch einzelne Methoden Scheiße sind. Aktive Solidarität von der Linken kann das politische Bewusstsein in den Vorstädten erhöhen.

von Carsten, Revo Berlin

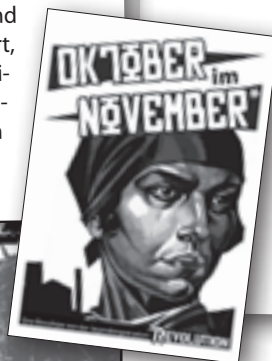
OKTOBER IM NOVEMBER*

* Die Oktoberrevolution, die erste sozialistische Revolution der Geschichte, fand vor 90 Jahren statt – nicht im Oktober, sondern Anfang November 1917. Es gibt eben viele Sachen, die man über die Oktoberrevolution nicht weiß oder in der Schule bzw. in den Medien falsch beigebracht bekommt.

In einer der letzten Ausgaben hetzt **Der Spiegel** auf der Titelseite gegen Lenin und die Oktoberrevolution – dieses „Nachrichtenmagazin“ stellt die russische Revolution als ein Komplott des deutschen Kaiserreiches dar. Doch die Vorwürfe vom Spiegel sind nicht neu – Leo Trotzki widerlegte sie bereits 1930.

Um eine andere Sicht der Revolution anzubieten, haben wir von REVOLUTION diese neue Broschüre herausgegeben.

„Oktober im November“ – erhältlich von Revo für 1€



Wo ist dein Bericht oder Leserbrief?

Schick ihn einfach an: info@revolution.de.com
REVOLUTION erscheint alle zwei Monate. Namentlich gezeichnete Artikel müssen sich nicht unbedingt mit der Meinung der Organisation decken.

Revolution ist großartig. Alles andere ist Quark.

Rosa Luxemburg

★ **Alles ist Scheiße!** Ausbildungsplätze gibt's viel zu wenige... Schule nervt extrem... beim Studieren – wenn man denn die Chance hat – geht's nur ums Geld... immer mehr Arbeit für immer weniger Geld für die Einen ... der Hartz-IV-Knüppel für die Anderen... Abschiebung in Staaten blutrünstiger Diktatoren... Nazi-Hetzjagden auf „Undeutsche“... weltweit 24.000 Hungertote pro Tag und ungezählte Kriegstote... dazu grinsende Fressen in den Chefetagen der großen Konzerne, die jährlich neue Rekordgewinne machen – Scheiße!

★ **Alles?** Nein! An vielen Orten leisten Menschen Widerstand: SchülerInnen in Berlin, die für einen Tag streiken, Jugendliche in den Vorstädten Frankreichs, EisenbahnerInnen und Einzelhandels-Beschäftigte in Deutschland, die für höhere Löhne streiken, illegale Gewerkschaften und Widerstandsgruppen im Irak – sie und viele Andere leisten Widerstand gegen verschiedene Missstände in ein und demselben gesellschaftlichen System: dem Kapitalismus.

★ **Kapitalismus** bedeutet, dass Wenige viel und Viele wenig besitzen; dass diejenigen, die kaum etwas haben, für die Besitzenden arbeiten müssen; dass die Erde nichts weiter als ein riesiger Marktplatz ist. Ob Krieg, ob Hungerkatastrophe, ob Massenentlassungen – am Ende lachen die Reichen über billigere Rohstoffe und Arbeitskräfte, bessere Absatzchancen, höhere Produktpreise usw. Die Spielregeln des Kapitalismus sagen: Wer Kapital besitzt, gewinnt.

★ **Immer?** Nicht Immer. Denn das kapitalistische Spiel funktioniert nur so lange, wie die Arbeitenden es mitspielen. Und immer mehr Leute fangen an, sich zu wehren. In Deutschland zum Beispiel die EisenbahnerInnen: Weil die Deutsche Bahn trotz Milliardengewinns keine Lohnerhöhung zulassen wollte, verweigerten LokführerInnen die Arbeit und zwangen die Bosse zu Zugeständnissen. Natürlich stellten sie noch lange nicht den Kapitalismus als System in Frage, aber eins wurde deutlich: Die eigentliche Macht liegt bei den ArbeiterInnen, weil sie es sind, die alles am Laufen halten.

★ **Vor neunzig Jahren** begriffen die Ausgebeuteten in Russland diese Macht und stürzten Ende 1917 in einer Revolution den Kapitalismus. Ein Jahr später versuchten auch die deutschen ArbeiterInnen ihre Konzernchefs zu entmachten. Die SPD verhinderte aber, dass die Revolution gelang – durch Propaganda für kapitalistische „Demokratie“ und mit kräftiger Hilfe der Armee und der berüchtigten „Freikorps“. Viele RevolutionärInnen, wie die KommunistInnen Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, wurden ermordet.



★ **Im Gedenken** an die wichtigsten Persönlichkeiten dieser beiden Revolutionen – Rosa, Karl und auch Wladimir I. Lenin – und an alle, die mit ihnen gegen den Kapitalismus kämpften, demonstrieren wir jedes Jahr in Berlin. Sie sollen nicht vergessen sein! Ihre Beispiele zeigen: Der Kapitalismus ist nicht für die Ewigkeit gebaut – und wir sind seine Totengräber!

★ **Auf zur LLL-Demo!**

Aufruf von REVOLUTION



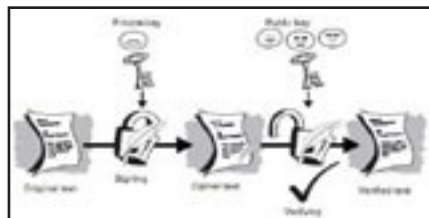
SELBER MACHEN: MAILS VERSCHLÜSSELN

Durch die am 1. Januar 2008 in Kraft getretene Vorratsdatenspeicherung wird gespeichert, zu welcher Zeit du jemanden eine Email geschrieben hast. Dies lässt sich nicht wirklich verhindern. Aber durch Verschlüsselung kannst du immerhin verhindern, dass der Inhalt dieser Mail gelesen wird. Zuerst solltest du dir eine zweite Email-Adresse für politische Arbeit besorgen (am besten auf einem Server außerhalb der EU). Dann kann es losgehen...

Dieses ganze „Verschlüsseln“ mit irgendwelchen „Keys“ und „GPG/PGP“ hört sich erstmal sehr kompliziert und nach viel Arbeit an. Das ist aber nicht der Fall. Heutzutage gibt es schon viele einfache (und natürlich auch kostenlose) Programme und Anleitungen im Internet, mit denen das

Verschlüsseln von Emails wirklich kein Problem mehr ist.

Verwendet wird für die Verschlüsselung meistens GPG (Gnu Privacy Guard). Wie funktioniert GPG? Mit GPG bekommst



du zwei Schlüssel, einen „privaten“ (private key) und einen „öffentlichen“ (public key). Der öffentliche Schlüssel lässt sich mit einer Truhe vergleichen und der private mit dem dazu passenden Schlüssel. Von den

Truhen hast du ewig viele – wenn jemand dir eine Email schreiben möchte nimmt er/sie die Truhe und packt dort seine/ihre Nachricht rein. Da sich diese Truhe nur mit deinem Schlüssel öffnen lässt, kannst auch nur du die Nachricht aus der Truhe rausholen und lesen (also entschlüsseln).

Eine verschlüsselte Nachricht ist selbst für einen staatlichen Geheimdienst schwer zu entziffern. Email-Verschlüsselung kann also helfen, linke Strukturen vor staatlicher Repression zu schützen.

Der Platz in dieser Rubrik reicht nicht, um die Installation und Konfiguration der Programme zu zeigen. Aber auf einer Seite wird das alles sehr ausführlich und mit Hilfe von Bildern erklärt:

Die Crypto-CD auf www.cryptocd.org

Veränderung in Sicht?!?

Über die Debatten nach Veröffentlichung der PISA-Studie

Mensch erinnert sich vielleicht an die Veröffentlichung der ersten PISA-Studie im Jahr 2001, die eine regelrechte Panik nach sich zog. Inzwischen sind die deutschen SchülerInnen von den damaligen Rängen 20-25 (je nach Themengebiet) auf den 13. Platz aufgestiegen.

Allerdings ist dieses Ergebnis laut einem Sprecher der Studie nicht wirklich als Fortschritt zu werten, weil die Aufgabenstruktur nicht mit der der vorigen Tests vergleichbar war. Natürlich löste auch diese Äußerung eine Debatte unter PolitikerInnen aus, und gewohnt gab es milde Reformvorschläge, um das marode Bildungssystem in diesem Land zu verbessern.

Also was ist PISA? Der zweistündige Leistungstest wird von einer einstündigen Fragebogensitzung begleitet. Die Fragebögen zielen insbesondere auf die Einflüsse des sozialen Hintergrundes ab. Es ist Fakt, dass das dreigliedrige Schulsystem soziale Auslese bedeutet.

Wer mit den ständigen Leistungsanforderungen in der Schule nicht klar kommt, hat

mit Abwertung zu rechnen. Schon in der dritten Klasse dienen die drei verschiedenen Schulformen zur Orientierung. Der Druck, der sowohl von der Gesellschaft als auch von den Eltern und ihrer jeweiligen sozialen Schicht ausgeht, ist bestimmend für die Zukunft des Einzelnen.

Das Gymnasium entwickelt sich immer mehr zu einem elitären Bildungsapparat der Oberschicht. Genau diese Oberschicht hat die finanziellen Möglichkeiten, eine längere schulische Ausbildung in Anspruch zu nehmen. Dagegen ist es statistisch bewiesen, dass Kinder aus Arbeiterfamilien nur selten die Chance bekommen, auf die Universität zu kommen.

Diese Fakten sind Resultate der kapitalistischen Gesellschaft und des daraus entstehenden Schulsystems. Es besteht keinerlei Chancengleichheit – im Gegenteil, ärmere SchülerInnen müssen stets mit Abwertung rechnen, auch wenn sie eine bessere schulische Leistung an den Tag legen.

Außerdem ist die Chancengleichheit für SchülerInnen mit Migrationshintergrund nicht gewährleistet. Sie werden meist auf die Haupt-

schule geschickt und damit sind sie in dieser Gesellschaft fast perspektivlos. Jugendkriminalität ist eine logische Folge dieser Situation.


Die Forderungen rechter PolitikerInnen, nicht-deutsche „StraftäterInnen“ schneller abzuschubsen und Jugendliche in Bootcamps zu drillen, ist nur rassistische Wahlkampfhetze. Die wirkliche Lösung besteht darin, allen Menschen in der Gesellschaft Bildungs- und Lebensperspektiven anzubieten.

Doch eine Schule, die Chancengleichheit sichert, die frei von gesellschaftlichen Zwängen und frei von wirtschaftlichen Interessen ausbildet, kann es im kapitalistischen System nicht geben. Dieses System ist gerade auf die Existenz einer Unterschicht und einer Elite angewiesen, um existieren zu können.

Von daher zeigen die Probleme, die durch die PISA-Studien in den Fokus geraten sind und trotzdem noch unter allgemeingesellschaftlichen Verschluss stehen, dass die gravierenden Entwicklungen nicht einfach durch Reformen wegzuradiieren sind. SchülerInnen müssen für bessere Bildung kämpfen, mit einer antikapitalistischen, revolutionären Perspektive.

von Jaro, Revo Berlin

ANZEIGE



Sonnabend
12.1.2008
**XIII. Internationale
Rosa-Luxemburg-Konferenz**

URANIA-Haus, An der Urania 17, 10787 Berlin

Eintrittspreise: Gesamtkarte (Vorträge, Diskussion, Konzert) 21,-/erm. 15,- Euro; Konferenzkarte (Vorträge, Diskussion) 13,-/erm. 09,- Euro; Podiumsdiskussion 05,-/erm. 03,50 Euro; Konzertkarte 13,-/erm. 09,- Euro. Das Urania-Haus finden Sie mitten in der City-West, an der Verlängerung des Kurfürstendamms; vom Bahnhof Zoologischer Garten mit Bus und U-Bahn in wenigen Minuten erreichbar, 5 Minuten Fußweg von den U-Bahnhöfen Wittenbergplatz und Nöllendorfplatz.

Informationen und Kartenreservierungen beim Aktionsbüro junge Welt unter Tel. (030) 53 63 55 10 oder www.rosa-luxemburg-konferenz.de

Die Tageszeitung
jungeWelt Eine Veranstaltung der Tageszeitung junge Welt

mit Unterstützung von:
Deutscher Freidenker-Verband, Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend SDAJ, DGB-Jugend Berlin-Brandenburg, Marx-Engels-Stiftung, Institut für Theologie und Politik, netzwerk cuba – informationsbüro – e.V., IG Metall Jugend Berlin-Brandenburg/Sachsen, BRD-Kuba e.V., GBM, ALB, Unsere Zeit – Zeitung der DKP, Marxistische Blätter, Rotfuchs, Roter Oktober Salon, antifa, ARAB

Einlaß ab 10.00 Uhr

(Es laufen Ausschnitte aus dem Film von der letzten Rosa-Luxemburg-Konferenz)

Vorträge 11.00 bis 17.00 Uhr:

Klasse für sich.

Unsere Politik. Unsere Kultur. Unsere Medien.

Vorträge von:

Aleka Papariga, Generalsekretärin des ZK der KKE, Griechenland; **Julio López Campos**, Sandinist der ersten Stunde, Redakteur von »Radio Primerisima«, Nicaragua; **Ignacio Ramonet**, Chefredakteur »Le Monde Diplomatique«, Frankreich; **Tubal Paez**, Vorsitzender des kubanischen Journalistenverbandes, Cuba; **Mandakranta Sen**, Schriftstellerin, Indien

Weitere Beiträge von:

Mumia Abu Jamal, Journalist, politischer Gefangener, USA, vorgestellt von Jürgen Heiser; **Christian Klar**, politischer Gefangener, BRD, vorgestellt von Heinrich Fink, Sprecher VVN/BdA; **Ramón Labanino**, kubanischer Aufklärer, politischer Gefangener, Cuba (z.zt. USA); **Arnaldo Otegi**, Sprecher der baskischen Partei Batasuna, politischer Gefangener, Baskenland

Einschübe von und mit:

Danbert Nobacon, Musiker, Ex-Chumbawamba, Großbritannien; **Inigo Etaxarri**, Sänger der Band Xikinkei, Baskenland; **Angelo Conti**, Sänger der Band Banda Bassotti, Italien

Moderation: **Dr. Seltsam**

Podiumsdiskussion ab 17.00

Partei für alle?

Brauchen wir neben der »Linken« eine marxistische Organisation?

Mit

Sahra Wagenknecht, Europaabgeordnete Die Linke, Mitglied im Parteivorstand; **Hans Heinz Holz**, Philosoph, Tessin; **Markus Mohr**, Hartz-IV-Empfänger/Aktivist, Hamburg; **Tom Adler**, Betriebsrat Daimler-Mettmann

Moderation: **Dietmar Koschmieder**, junge Welt

Konzert ab 21.00 Uhr

Mit

Danbert Nobacon (Exsänger von Chumbawamba)
Xikinkei (knackiger Punkrock aus dem Baskenland)
Banda Bassotti (melodischer Ska-Punk aus Italien)

4 DEVRIM

WWW.REVOLUTION.DE.COM

Krieg tobt auf der Welt: in Afghanistan, Irak, Kosovo und vielen andere Regionen, die in der Öffentlichkeit kaum Erwähnung finden. Die deutsche Bundeswehr mischt kräftig mit und sucht für diese neuen Herausforderungen junge Menschen, die bereit sind, ihr Leben einer Sache hinzugeben, die das Sinnbild von Rassismus, Diskriminierung, Sexismus und Ausbeutung ist.

Mit strahlenden Gesichtern uniformierter SoldatInnen auf riesigen Hochglanzpostern soll darüber hinweggetäuscht werden. *Komm zur Bundeswehr! Werde Offizier der Luftwaffe! Kämpfe für dein Vaterland! Liebe deine Heimat!*

Inzwischen heißt es an den meisten deutschen Schulen mindestens einmal im Jahr: Der/die JugendoffizierIn ist da. Der/die erzählt euch mal was über die Bundeswehr, wie man da arbeitet und wie das alles funktioniert. Ihr dürft auch Fragen stellen – *aber bitte übertreibt's nicht, ja?*

Die Teilnahme an diesem Gespräch ist Pflicht, dafür fällt eine andere Stunde aus. Der Herr oder die Dame in Uniform, der/die schon den ganzen Tag durch die Schule marschiert, erzählt was alles gut an der Bundeswehr ist: Regelmäßiger Lohn, viel Geld, gute Karriereöglichkeiten (also noch mehr Geld!), und essen, trinken, schlafen ist auch noch kostenlos. Überhaupt scheint die Bundeswehr ein einziger Goldesel zu sein: Man fährt montags in die Kaserne und kommt am Freitag mit einem Batzen Geld wieder zu Hause bei Mami und Papi an.

Es gibt es noch andere wichtige Gründe, deinen Körper der Bundeswehr zur Verfügung zu stellen: Wenn du zum Beispiel dein Vaterland und deine Heimat so sehr liebst, dass du bereit bist, dafür zu sterben. Oder wenn du Angst hast, dass deine Heimat von Afghanistan aus überfallen und vernichtet wird.

Nun, der/die BundeswehroffizierIn wäre mit solchen Gedankengängen höchst zufrieden...

Die Fakten

Aber lasst uns den Tatsachen ins Auge blicken: die Bundeswehr ist das Instrument eines kapitalistischen Staates und seiner Konzerne. Gewaltsam sorgt sie für neue Rohstoffquellen und Absatzmärkte in den be-

Wehrt euch!

Bundeswehr raus aus der Schule!

setzen Regionen. Ein Krieg für die Freiheit ist in dem Zusammenhang genauso absurd wie ein Krieg, um humanitäre Hilfe zu leisten - es geht lediglich darum, in den Entsendegebietten an Einfluss zu gewinnen, um dort besser die eigenen Interessen durchzusetzen.

Um KämpferInnen für den Kapitalismus zu finden, bietet die Bundeswehr Ausbildungsplätze (mit einer Belohnung, die dem Doppel- bis Dreifachen einer normalen Ausbildung entspricht) sowie kostenlose Studienplätze an. Dabei muss man sich „nur“ der strengen Hierarchie unterordnen, in der der einzelne Mensch nichts bedeutet gegenüber einem Befehl von höherer Ebene. Und um der ganzen Sache einen politischen Sinn zu geben, werden innerhalb der Armee nationale Traditionen gepflegt und uniformierten Naziverbrechern gedacht.

Neben Nationalismus und der Ausbildung zum Töten hat die Bundeswehr aber noch etwas zu bieten: Zwangsarbeit. Das nennt man aber heutzutage natürlich anders: Wehrpflicht. Jeder junge Mann mit deutschem Pass muss nach Abitur oder Ausbildung neun Monate zur Armee. Ersatzweise kann er Zivildienst leisten

– dabei verdient er zwischen vier und sechs Euro die Stunde, wovon er kaum leben kann. Die Chance, sich zu entziehen, ist bekanntermaßen gering – bei gänzlicher Verweigerung drohen Geld- und Gefängnisstrafen.

Was tun?

Für Linke spielt der Antimilitarismus eine große und wichtige Rolle. Die ersten sozialistischen Jugendbewegungen vor hundert Jahren starteten Kampagnen gegen den Kriegsdienst. Und es ist nicht allzulange her, dass Millionen weltweit an Antikriegsdemonstrationen teilnahmen. Aktuell laufen Kampagnen gegen die Werbeaktionen der Bundeswehr in Arbeitsagenturen und Jobcentern. Doch das Auftreten der Bundeswehr an Schulen bleibt weitestgehend unbemerkt – bisher hat es nur an einzelnen Schulen erfolgreiche Proteste gegeben –, obwohl sie gerade dort gute Möglichkeiten zur Rekrutierung hat.

Also müssen wir selbst dafür sorgen, dass diese Werbeaktionen nicht mehr stattfinden können! Viele SchülerInnen in den USA z.B. haben es schon geschafft, die ArmeevertreterInnen aus ihren Schulen zu vertreiben.

Dafür starten wir eine Kampagne gegen die Bundeswehr an Schulen. Auf unserer Website stellen wir Materialien sowie Ideen für Aktionen zur Verfügung. Außerdem können wir bei der Organisation von Protesten helfen, wenn ihr uns eine Mail schreibt.

von Susen, Revo Berlin
info@revolution.de.com



Bei mir kannst du
das Töten lernen!

AKTIONSFORMEN: Was kann man machen, wenn die Armee vor der Schule steht?

Verteilt Flyer, Plakate und anderes **Infomaterial!** Informiert eure MitschülerInnen, was die Bundeswehr wirklich tut. Setzt euch mit Antimilitarismus auseinander, mit den wahren Gründen, warum Kriege geführt werden und wer davon profitiert.

Bereitet euch auf die **Diskussion** mit dem/der JugendoffizierIn vor. Sammelt Gegenargumente, sprecht euch ab und unterstützt euch. Euer Gegenüber ist auch trainiert und geschult für solche Situationen, aber wenn eure Argumente stärker sind,

wird zumindest der Rest eurer Klasse verstehen, worum es wirklich geht.

Spielt **Straßentheater** vor und in der Schule. Bastelt euch einen Sarg, den ihr vor der Schule aufstellt, oder legt euch sterbend (mit viel Ketchup, Armeeuniformen, abgerissenen Armen und Beinen aus Pappmachee usw.) und laut schreiend vor die Schule.

Organisiert eine **Gegenveranstaltung** auf dem Schulhof mit Infos, Musik, lustigen Spielen und so weiter.

Ruft zum **Boycott** auf! Niemand kann

euch zwingen mit einem/einer uniformierten SoldatIn in einem Raum zu sein. Vielleicht schafft ihr es auch zu verhindern, dass der/die JugendoffizierIn das Gebäude betritt. Die Schule gehört euch!

Und zu guter Letzt: **Organisiert euch!** Setzt euch in Gruppen mit anderen interessierten zusammen, sucht euch Hilfe von FreundInnen, Bekannten usw. Je größer euer Sympathisantenkreis, desto weniger Konsequenzen habt ihr zu befürchten.

Die JugendoffizierInnen **verjagen!**

Game over?



Was hat der Bahnstreik gebracht?

Bahn-Fahren war in den letzten Monaten Bimmer mit der Frage verbunden: „Streiken die wieder?“ Mit „die“ waren die BahnarbeiterInnen gemeint, die bei der „Gewerkschaft deutscher Lokomotivführer“ (GDL) organisiert sind.

Auch für Januar hatte die GDL-Führung wieder mit Streik gedroht, doch nach einem „Spitzengespräch“ zwischen Bahn-Vorstandsmitglied Suckale, Verkehrsminister Tiefensee und dem GDL-Vorsitzenden Schell wurde verkündet: Obwohl „insbesondere beim Entgelt ... und Auch im Bereich der Arbeitszeit ... noch Fragen offen“ seien, werde es, weil man sich „in wesentlichen Punkten [???] angehängt“ habe, erstmal keine Streiks geben. Der GDL-Vorsitzende Schell erklärte: „bis zum 31. Januar 2008 ... soll der Tarifvertrag stehen.“

Warum der Streik?

Nachdem in den letzten Jahren unter anderem schon Post und Telekom privatisiert worden sind, soll nun die Deutsche Bahn (DB) dran glauben. Nach dem Willen von KapitalbesitzerInnen, Bahn-Vorstand und Verkehrsminister Tiefensee soll die DB AG zu einem rein profitorientierten Konzern werden, der alles frisst, was schnelle Gewinne verspricht und überall da kürzt, wo die Profite zu niedrig sind.

Doch Proteste und auch der GDL-Streik behindern die Verwirklichung dieser Pläne. Denn die von der GDL geforderten 31% Lohnerhöhung sind ein dicker Stolperstein auf dem Weg an die Börse. Der Profit im Jahr 2006 von 1,7 Milliarden Euro erlaubte zwar die Anhebung der Vorstandsgehälter um 62%, die weit über 200.000 ArbeiterInnen sollen sich aber gefälligst mit Weniger zufriedengeben.

Die VerhandlerInnen der anderen Gewerkschaften bei der Bahn, Transnet und GDBA,

gaben sich Anfang Juli 2007 mit nur 4,5% zufriedenen (zwischen November 2006 und November 2007 sind die Verbraucherpreise jedoch über 3% gestiegen!). Doch die GDL blieb noch bei ihrer Forderung nach wesentlichen Lohnerhöhungen – und 95,8% der Mitglieder stimmten für Streik, um diese Forderungen durchzusetzen!

Solidarität?

Waren am Anfang des Arbeitskampfs noch über 70% der Bevölkerung für den Streik, ist der Anteil der SympathisantInnen inzwischen auf unter 50% gesunken. Zu verdanken ist dies der unablässigen Hetze und der Sabotage des Streiks von verschiedenen Seiten. Bahn-Managerin Margret „62%“ Suckale konnte in den Medien ungestört drohen und schwadronieren, über die „absurden Lohnforderungen von 31 Prozent auf dem Rücken von Millionen Bahnkunden und der anderen 220 000 Bahnmitarbeiter“ oder über die Rücksichtslosigkeit der GDL, „nicht davor zurück[zuscheuen], Arbeitsplätze bei der DB AG in Gefahr zu bringen“.

Die bürgerliche Justiz zeigte Flagge: Ob Juli, August oder Oktober – GDL-Streiks wurden ganz oder teilweise (z.B. im Fern- und Güterverkehr) verboten. SPD-Chef Kurt Beck spielte das Anliegen der streikenden ArbeiterInnen rigoros herunter und warf ihnen auch noch Spaltung vor: „Es ist ein kleiner Prozentsatz der Bahnbeschäftigten, ... der sich aus der Solidargemeinschaft aller bei der Bahn herausbegibt“. Die Führungen von GDBA und Transnet sagte klar, wer für sie Freund und wer Feind ist: „Wir bedauern das Vorgehen der GDL“ hieß es in einer Presserklärung; Transnet-Chef Hansen erklärte: „Streik ist immer die letzte Option. Was die GDL will, bedeutet eine Spaltung der Belegschaft.“ Er

kündigte an, bei Scheitern der aktuellen Verhandlungen selber Verhandlungen über einen Tarifvertrag für Lokführer zu beginnen, um das Streikrecht der GDL zu untergraben – das ist Spaltung!

Auch die Führung der Partei „Die LINKE“ bekleckerte sich nicht gerade mit Ruhm und konnte sich erst nach langem Hin und Her zu einem Unterstützungsstatement durchringen. Führender „Die LINKE“-Apparatschik Bodo Ramelow stimmte sogar in den Spaltungschor ein.

From Strike to Revolution

Wir von REVOLUTION haben den Streik aktiv unterstützt. Wir gingen zu den Streikenden, verteilten Flugblätter in und vor Bahnhöfen und organisierten eine Veranstaltung mit einem Aktiven der GDL. In unserem Flugblatt machten wir deutlich, wie bedeutend dieser Streik ist und positionierten uns klar auf der Seite der GDL, warnten aber zugleich vor blindem Vertrauen in die GDL-Führung. Denn sie ist keine Privatisierungsgegnerin: GDL-Chef Schell hat „im Grundsatz nichts gegen den Börsengang“ und stimmte als CDU-Abgeordneter sogar selbst für die Privatisierung von Telekom und Post.

Die GDL ist eine kleine Gewerkschaft und hat eine verhältnismässig kleine Gewerkschaftsbürokratie. Doch eine Bürokratie ist sie trotzdem: sie bremst statt zu führen, und entscheidet über den Streik ohne die Mitglieder. Im Sommer ging sie nicht offensiv gegen das Streikverbot vor, das ein Angriff auf alle Lohnabhängigen war, sondern ließ sich auf Moderationsgespräche mit pensionierten PolitikerInnen ein. Als die Gewerkschaftsbasis schon den unbefristeten Vollstreik forderte, um den Bahn-Vorstand endlich in die Knie zu zwingen, weigerte sich die GDL-Führung, dieser Forderung nachzukommen. Und nun nicht zu streiken, obwohl die Bahn in wichtigen Punkten immer noch nicht nachgeben will!?! Das alles zeigt den wahren Charakter der GDL-Führung.

Bei unserer Solidaritätsarbeit als RevolutionärInnen geht es nicht nur darum, Jugendliche für eine aktive Unterstützung dieses Arbeitskampfes zu mobilisieren. Wir diskutieren mit den GDL-Mitgliedern an der Basis und argumentieren, dass sie sich innerhalb der Gewerkschaft eigenständig organisieren müssen. Damit müssten sie nicht jeden Kompromiss ihrer bürokratischen Führung einfach so hinnehmen. Denn eine Gewerkschaftsführung, die sich dem „Wohl des Landes“, also dem Wohl des kapitalistischen Systems in diesem Land, verpflichtet fühlt, kann die Rechte ihrer Mitglieder nicht effektiv vertreten.

Was die GDL-ArbeiterInnen aber gezeigt haben ist, dass Widerstand möglich und erfolgreich ist. Mit läppischen 4,5 Prozent werden sie nicht abgespeist – ein Beispiel, das Schule machen sollte!

von Jalava, Revo Kiel

GEGEN Elite-Uni

FÜR Freie Bildung

Wählt „Revolutionäre Liste“ an der Freien Universität!

Die Universitäten in Deutschland werden immer mehr zu „exzellenten“ Kaderschmieden, während der Rest auf der Strecke bleibt. Auch diejenigen, die studieren dürfen, haben mit stetig wachsenden Problemen zu kämpfen: z.B. Leistungsdruck, Studiengebühren und Prekarisierung.

Diese Entwicklung ist Teil des gesamtgesellschaftlichen Sozialabbauprogrammes, welches die Herrschenden konsequent durchziehen – in Deutschland wie in anderen Ländern. Studierende können sich nur wehren, wenn sie mit anderen marginalisierten Gruppen zusammenhalten – und zwar international. Nur durch Solidarität und gemeinsame Aktionen auf allen Ebenen können wir die Kraft entfalten, die notwendig ist, um diese Angriffe zu stoppen und das kapitalistische System zu überwinden.

GEGEN Elite-Uni und Studiengebühren! FÜR Freie Bildung für alle!

Die PISA-Studie hat es einmal mehr verdeutlicht: im deutschen Bildungssystem haben Kinder von Reichen und AkademikerInnen große Vorteile, während Jugendliche aus Arbeiter- und Migrantenfamilien kaum die Chance haben, auf die Hochschule zu gelangen. Während deutsche Konzerne Milliardenprofite einkassieren, wird im Bildungswesen ständig gekürzt – es sei ja „kein Geld da“. Stattdessen soll durch Studiengebühren und Privatisierung Bildung nur für eine „exzellente“ Elite zugänglich sein.

- ★ Freie Bildung für alle! Für eine Uni im Dienste der Massen, nicht der Konzerne!
- ★ Weg mit dem 3gliedrigen Schulsystem! Weg mit Bachelor- und Masterstudiengängen!
- ★ Gleiche Rechte für Deutsche und Nicht-Deutsche! Keine zusätzlichen Gebühren für AusländerInnen!

GEGEN Ausbeutung und Arbeitslosigkeit! FÜR Selbstverwaltung aller ProduzentInnen!

Nicht nur auf der Universität wird gekürzt:

ArbeiterInnen müssen länger arbeiten (Rente mit 67, 42-Stunden-Woche usw.) für weniger Geld. Währenddessen finden Millionen Menschen in diesem Land nur Billigjobs oder überhaupt keine Arbeit. Stattdessen muss die vorhandene Arbeit auf alle Schultern aufgeteilt werden.

Wenn ein Unternehmen mit Entlassungen oder Lohnkürzungen droht, hilft nur der Kampf: die ArbeiterInnen müssen den Betrieb besetzen und die Produktion unter Eigenkontrolle weiterführen. Wir als Studierende müssen Proteste der Arbeiterbewegung unterstützen, vorantreiben und radikalieren.

★ Weg mit Hartz IV! Für einen Mindestlohn (bzw. Arbeitslosengeld bzw. Stipendium für Studierende) von mindestens 1500 Euro im Monat, der von Gewerkschaften und Studierendenorganisationen selbst festgelegt wird!

- ★ Nein zu Überstunden, Arbeitszeitverlängerung und unbezahlten Praktika! Für 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich!
- ★ Für die Vergesellschaftung der Produktionsmittel! Kontrolle der Produktion durch die ProduzentInnen selber!

GEGEN Scheindemokratie der Stupas! FÜR Direkte Demokratie an der Uni!

Das Studierendenparlament funktioniert nach dem Muster der bürgerlichen Demokratie: wir wählen „VertreterInnen“, die nach Lust und Laune regieren und erst nach einem oder mehreren Jahren wieder abgewählt werden können. Letztendlich hat das Parlament wenig zu sagen – die eigentlichen Entscheidungen werden hinter den Kulissen getroffen, von staatlichen Bürokratien und privaten Firmen. Doch in Wirklichkeit sind es Studierende, nicht BürokratInnen, die am besten wissen, was und wie studiert werden soll. Durch Räte können die Unis direkt von den Studierenden verwaltet werden. Die Selbstverwaltung der ArbeiterInnen in Betrieben funktioniert genauso.

- ★ Für eine unabhängige Studierendengewerk-

- schaft, um unsere Interessen zu verteidigen!
- ★ Direkte Demokratie auf der Uni! Die Hochschule muss durch Studierendenräte geleitet werden, die auf Versammlungen gewählt werden und jederzeit abwählbar sind!
- ★ Für die Räte Demokratie! In jeder Uni, in jedem Betrieb, in jedem Stadtviertel sollen die Menschen sich selbst verwalten!

GEGEN Überwachung und Repression! FÜR freies Lernen, Lehren und Leben!

Der Überwachungswahn der Herrschenden in dieser Gesellschaft als ein Ausdruck vieler Repressionsmechanismen wird täglich größer. Gerade erst wurde in Berlin das neue Allgemeine Sicherheits- und Ordnungsgesetz (ASOG) mit den Stimmen der Fraktion DIE LINKE im Senat verabschiedet, welches Kameraüberwachung und Datenspeicherung weiteren Vorschub leistet. Genetische Fingerabdrücke in Reisepässen, Onlinedurchsuchungen und sogenannte „Anti-Terror-Dateien“ sind Meilensteine auf dem Weg zum perfekt ausspionierten gläsernen Bürger. Mittlerweile ist jeder ständig verdächtig – der Fall des Soziologen Andrej H. ist nur ein Beispiel für die Verfolgung vieler unter Terrorismusvorwürfen. Diese gesamtgesellschaftliche Tendenz schlägt sich auch auf der Uni nieder: Teilnehmerlisten und Campus Management sind nicht nur Instrumente zur „besseren Planung“ des Studiums, sondern vor allem Werkzeuge zur ständigen Überwachung der Studierenden. Freies und kritisches Lernen und Forschen wird dadurch immer schwieriger.

- ★ Gegen den Überwachungsstaat!
- ★ Gegen die Ökonomisierung des Studiums!
- ★ Für kritische Wissenschaft und freie Lehre!

GEGEN Vereinzelung und Passivität! FÜR Kollektiven Widerstand durch Streiks!

Gegen die Einführung von Studiengebühren in anderen Bundesländern gab es ziemlich große Proteste. Doch sie konnten diesen Angriff auf die Rechte der Studierenden nicht erfolgreich abwehren. Denn Studierende alleine können wenig wirtschaftlichen Druck erzeugen. Die weitaus erfolgreicherer Studierendenproteste in Frankreich zeigen, wie wichtig der Zusammenhalt zwischen Studierenden und der Arbeiterbewegung ist.

Wir brauchen gemeinsame Proteste mit SchülerInnen, ArbeiterInnen und MigrantInnen – wir brauchen Solidarität! Zum Beispiel haben wir schon eine Solidaritätsdelegation von Studierenden organisiert, die die streikenden LokführerInnen besuchte und unterstützte.

- ★ Gegen Sozialabbau und Studiengebühren: Widerstand durch Streiks, Besetzungen, Blockaden!
- ★ Solidarität und gemeinsame Aktionen auf allen Ebenen zwischen Studierenden, SchülerInnen und ArbeiterInnen!
- ★ Solidarität von Studierenden für den Streik der LokführerInnen!

volles Programm auf: www.revolution.de.com
(Diese Liste wird von REVOLUTION unterstützt.)

Venezolanischer

Sozialismus?

Wie ist die Regierung von Hugo Chávez einzuschätzen?

Eins muss man über den venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez sagen: er versteht es, in die Schlagzeilen der Weltpresse zu gelangen. Über seine antimperialistischen Reden (er bezeichnete George Bush vor der UNO-Vollversammlung als „den Teufel“) und eigenartige Maßnahmen (er schuf eine eigene Zeitzone für Venezuela, damit die Schulkinder länger schlafen können) wird viel geschrieben.

Aber vor allem gilt er in den bürgerlichen Medien als die größte „rote Gefahr“ seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion, denn er propagiert einen „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“, der in Venezuela aufgebaut werden soll. Er hat einige privatisierte Unternehmen wiederverstaatlicht, z.B. das Telefonnetz der Hauptstadt Caracas, und gerade wegen seiner Wirtschaftspolitik wird er pausenlos als „wahnsinnigen Diktator“ gebrandmarkt.

Umgekehrt stilisieren viele Linke aus aller Welt Chávez zu einem sozialistischen Revolutionär – z.B. bejubelt die „Deutsche Kommunistische Partei“ jede Maßnahme von Chávez. Gerade EnthusiastInnen der Linkspartei bewundern das Chávez-Projekt, weil sie darin den Beweis erkennen wollen, dass Sozialismus nur durch eine „linke“ Regierung eingeführt werden kann. Aber entsteht tatsächlich eine sozialistische Gesellschaft in Venezuela?

Verfassung und Partei

Anfang Dezember gab es eine Abstimmung über eine Verfassungsreform, die das „sozialistische System“ in Venezuela festschreiben sollte. Bei dieser Abstimmung scheiterte das Regierungslager äußerst knapp, was vor allem eins deutlich macht: Chávez ist kaum ein „Diktator“, sonst hätte er kein Referendum veranstaltet, geschweige denn verloren.

Der Ausgang der Abstimmung kann kaum als eine Ablehnung des Sozialismus gewertet werden: Die konservative Opposition verzeichnete keinen Stimmenzuwachs gegenüber den letzten Wahlen, aber das Chávez-Lager bekam nur vier Millionen Stimmen, d.h. drei Millionen weniger als vor einem Jahr. (Dabei hat die neue Partei, die Chávez gerade aufbaut, offiziell sechs Millionen Mitglieder!) Das bedeutet, dass viele „ChavistInnen“ von dieser Verfassungsreform nicht überzeugt waren und zu Hause blieben.

Es gab viele fortschrittlichen Inhalte der

Reform – der Sechs-Stunden-Tag, ein Diskriminierungsverbot, usw. – aber zweifellos wurden jene Inhalte abgelehnt, die eine ungeheure Macht in den Händen des Präsidenten konzentriert hätte (etwa die Macht, den Ausnahmezustand auszurufen und damit viele Grundrechte außer Kraft zu setzen).

Und nicht nur mit dieser Reform soll die Exekutivgewalt gestärkt werden: Chávez baut gerade die „Vereinigte Sozialistische Partei Venezuelas“ (PSUV) als Einheitspartei des Regierungslagers auf. Diese Partei ist trotz ihres „sozialistischen“ Anspruchs nicht eine Partei der ArbeiterInnen Venezuelas – Chávez hat bereits gefordert, die Gewerkschaften müssten dem Staat untergeordnet sein, und in der PSUV gibt es viele StaatsbürokratInnen und „patriotische“ KapitalistInnen – es gibt sogar eine Gruppe von sog. „sozialistischen UnternehmerInnen“!

Die Chávez-Regierung versucht zwischen den ArbeiterInnen und den KapitalistInnen zu balancieren – sie versucht, allen gesellschaftlichen Klassen etwas zu geben und ihre unversöhnlichen Interessen zu versöhnen. Das mag sogar aufgrund der hohen Ölpreise eine Zeitlang funktionieren: die Regierung schafft Sozialprogramme und Jobs in staatlich subventionierten Kooperativen, aber die Produktionsmittel bleiben in den Händen der KapitalistInnen. Denn trotz der ständigen Reden über Sozialismus schwört Chávez bei jeder Gelegenheit, das Privateigentum an Produktionsmittel nicht antasten zu wollen: „Wir haben keine Absicht, Venezuelas Bourgeoisie auszumerzen.“

Der Sozialismus

Was ist von einer Regierung zu halten, die einerseits den Schutz des Privateigentums und andererseits die Einführung des Sozialismus verspricht? Eine solche Regierung ist keine Neuerscheinung, gerade in Lateinamerika nicht. Denn die KapitalistInnen in unterentwickelten Ländern sind schwach, gequetscht zwischen die multinationalen Konzerne und die armen Massen. Um ein bisschen mehr Spielraum gegenüber dem Imperialismus zu bekommen, setzen sich oft „linke“ Militärs wie Chávez an die Spitze, die die Massen mit radikalen Reden und kleinen Reformen mobilisieren (denken wir nur an den Mann von Evita Peron!). Die Rede ist oft von „Antiim-

perialismus“ oder gar „Sozialismus“, aber es kommt nicht zu einer grundlegenden Änderung der Verhältnisse: die Macht bleibt in den Händen der KapitalistInnen, der staatlichen Bürokratie, der Armee...

Eine sozialistische Revolution dagegen erfordert die komplette Vergesellschaftung der Produktionsmittel, die Enteignung der Konzerne und des Großgrundbesitzes, und die Ersetzung der Polizei und Armee durch eine allgemeine Bewaffnung des Volkes. Dieses Programm kann eben nicht von der staatlichen Bürokratie ausgeführt werden, die an den herrschenden Eigentumsverhältnisse gebunden ist. In einer sozialistischen Revolution muss der Staat durch die in Räten organisierten ArbeiterInnen und Bauern/Bäuerinnen gestürzt werden. Nur auf diesem Weg kann die Ungleichheit und die Unterentwicklung dauerhaft beseitigt werden.

Die Arbeiterbewegung

Die ArbeiterInnen in Venezuela verteidigen alle Maßnahmen von Chávez, die konkrete Verbesserungen für sie bedeutet haben. Aber sie dürfen dem „máximo líder“ nicht blind folgen. Wenn sie den Weg der sozialistischen Revolution einschlagen, wird es unvermeidlich zum Bruch zwischen ihnen und dem Staatsapparat unter Chávez kommen. Sie müssen bereit sein, weiter zu gehen, als der Chavismo gehen kann – und dafür brauchen sie ihre eigene Arbeiterpartei, eine Partei mit einem revolutionären Programm und einer unabhängigen Struktur.

Ein bedeutender Teil des Gewerkschaftsdachverbandes UNT liess sich nicht in die PSUV hineindrängen und gründete vor kurzem die „Bewegung für den Aufbau einer Arbeiterpartei“. Diese Bewegung hat die Aufgabe, eine unabhängige Kraft der ArbeiterInnen zu schaffen, die zwar in einer Einheitsfront mit der Chávez-Regierung gegen den Imperialismus zusammenkämpft, aber auch eigene Forderungen gegen die Chávez-Regierung durchsetzen kann.

Unsere Aufgabe als RevolutionärInnen außerhalb Venezuelas ist ähnlich: wir verteidigen die Chávez-Regierung gegen die Angriffe des Imperialismus und der bürgerlichen Opposition, aber wir sparen auch keine Kritik. Unsere Solidarität gilt in erster Linie den AktivistInnen, die eine revolutionäre Partei der ArbeiterInnen Venezuelas aufbauen wollen, denn nur dadurch kann der Sozialismus in Venezuela geschaffen werden.

von Wladek, Revo Berlin

Artikel von diesem Autor über die Massnahmen gegen den fernsehsender RCTV und die Gründung der neuen Partei PSUV sind in der Broschüre „Wohin geht Venezuela?“ erhalten, die demnächst erscheinen soll.



Solidarité in Frankreich

Die jungen FranzosInnen rebellieren gegen die herrschende Gesellschaftsordnung. Dieser Kampf geht nicht nur von den StudentInnen aus, sondern auch von den SchülerInnen und den Jugendlichen der Vorstädte. Er lässt die Unzufriedenheit großer Teile der Gesellschaft erkennen. Seit ein paar Jahren erfahren diese jungen Leute, wie sie Druck auf die Herrschenden ausüben können. In einer Gesellschaft, in der die HerrscherInnen wollen, dass alle glauben, dass keine Änderung möglich sei, müssen wir alles selbst erlernen.

2005/2006 gab es zwei grundlegende Bewegungen. Diese zwei Bewegungen haben die Idee verbreitet, dass die Massen gemeinsame Interessen haben und zusammen eine bedeutende Kraft darstellen.

Herbst 2005: zwei Jugendliche werden in einer Vorstadt von Paris von der Polizei getötet. Anstatt sich zu entschuldigen, lügen die PolitikerInnen über die Schuld der Polizisten. Das führt dazu, dass die Jugendlichen in den Banlieues (armen Vorstädten) in ganz Frankreich rebellieren. Sie haben keine politischen VertreterInnen und keinen politischen Raum, um sich zu äußern. Um sich Gehör zu verschaffen, benutzen sie Gewalt. Sie kämpfen gegen die Polizei, sie zünden Autos, Polizeiwachen, Schulen, Geschäfte, Finanzämter usw. an. Die Regierung ruft den Notstand aus: es gibt eine Ausgangssperre und die Polizei und die Armee bekommen umfassende Macht. Im Fernsehen kommen Bilder wie aus einem Kriegsschauplatz.

Frühling 2006: ein neuer Arbeitsvertrag wird vom Parlament beschlossen, das sog. „CPE“. Die Macht der UnternehmerInnen wird verstärkt. Die StudentInnen können nicht eine noch prekärere Lage (also noch beschisseneren Jobs) akzeptieren. Fast alle Universitäten werden bestreikt. Viele Medien, GewerkschaftsführerInnen und linke PolitikerInnen behaupten, dass dieser Streik sinnlos sei, weil das Gesetz schon im Parlament abgestimmt würde. Aber die StudentInnen sind entschlossen. Mehr als zwei Monate lang werden die Unis besetzt. Kein Unterricht finden statt. Demonstrationen werden zwei oder drei Mal in der Woche organisiert. Die StudentInnen denken über ihre Zukunft aber auch über die Zukunft der Gesellschaft nach. Die Polizei ist gewalttätig. Viele StudentInnen und SchülerInnen werden festgenommen. Noch einmal laufen Kriegsbilder im Fernsehen.

Kurz danach: Die französischen ArbeiterInnen unterstützen diese Bewegung. Die StudentInnen fordern die ArbeiterInnen auf, einen Generalstreik zu organisieren. Darauf folgen eintägige Streiks, besonders in Schulen, bei der Post und bei der

Was wir aus den Kämpfen der letzten Jahre lernen können

Eisenbahn. Diese Streiks ermöglichen, dass die ArbeiterInnen zusammen mit den StudentInnen demonstrieren, und damit wird wirtschaftlicher Druck auf die Regierung ausgeübt. Zwei Monate nach den ersten Demos wird der Arbeitsvertrag von der Regierung zurückgenommen. Das bedeutet das Ende des Streiks. Die GewerkschaftsführerInnen sind froh, dass sie eine Bewegung beenden können, die schon (aus ihrer Sicht) außer Kontrolle geraten war. Die linken ReformistInnen sagen, alle müssen die Proteste beenden und auf die nächsten Präsidentschaftswahlen warten.

Frühling 2007: Sarkozy wird zum französischen Präsidenten gewählt. Mehr als 80% der FranzosInnen haben gewählt – Sarkozy hat die Menschen in Frankreich wiederpolitisiert, entweder für oder gegen ihn. Seine Demagogie und sein kaum versteckter Rassismus überzeugen. Er spielt mit den Ängsten und der Unzufriedenheit der FranzosInnen. Angst vor Entlassungen können rechte PolitikerInnen in Angst vor „Terrorismus“ verwandeln. Aber das ist ein gefährliches Spiel. Sarkozy merkt das heute, nur sechs Monate nach der Wahl.

Sommer 2007: ein Gesetz für die Reform der Universitäten wird vom Parlament beschlossen, das sog. „LRU“. Dieses Gesetz leitet den europäischen Bologna-Prozess zur Privatisierung der Hochschulen ein. Sarkozy dachte, dass eine Abstimmung im Sommer eine einfache Lösung wäre. Aber die StudentInnen haben leider schon verstanden, dass sie nicht alles über sich ergehen lassen müssen. Seit etwa vier Wochen sind mehr als dreißig Universitäten und fünfzig Schulen bestreikt und geschlossen. Obwohl der Vorsitzende der Studentengewerkschaft sich für die Beendigung des Streiks und die Räumung der Barrikaden ausgesprochen hat, setzt sich der Kampf fort. Die Lage ist schwierig und gewalttätig, da Sarkozy sich entschieden hat, die Bewegung mittels Polizeigewalt zu zerstören. Aber diese Gewalt führt dazu, das brutale Wesen der kapitalistischen Herrschaft ans Licht zu bringen. Wir könnten uns fast bei Sarkozy bedanken, weil er jeden Tag die Entschlossenheit der StudentInnen verstärkt.

Gerade eben: zwei Jugendliche aus den Vorstädten sind wegen der Polizei gestorben. Das gleiche Drehbuch wie zwei Jahre davor:

die Regierung lügt und die EinwohnerInnen der Banlieues rebellieren. Diese Rebellion war kurz aber bedeutungsvoll. In zwei Tagen haben diese Jugendlichen ungefähr hundert PolizistInnen verletzt. Und der Aufruhr fand in einer einzigen Stadt in der Umgebung von Paris statt. Diese jungen Leute haben sich seit 2005 besser organisiert. Sie haben jetzt Waffen, Molotov-Cocktails, Benzin... Auch die politischen Hintergründe werden deutlicher: es geht um einen Krieg gegen ein System, das sie unterdrückt. Sie wollen keine Opfer mehr sein. Sarkozy brauchte mehr als tausend schwerbewaffnete Polizeikräfte, um die Rebellion in einer Stadt mit 25 000 EinwohnerInnen zu vernichten. Was wird er tun, wenn sich der Aufruhr über ganz Frankreich ausbreitet, wie in 2005? Die 160 000 französischen PolizistInnen reichen gar nicht aus, um eine solche gewalttätige Lösung in ganz Frankreich durchzusetzen.

Und jetzt? Diese zwei Jugendbewegungen haben letztendlich das gleiche politische Ziel: gegen das kapitalistische System zu rebellieren, um die Zukunft in die eigenen Hände zu nehmen. Aber für den Erfolg gibt es mindestens eine Bedingung: la Solidarité. Das bedeutet die Einheit der beiden Jugendbewegungen aber auch die Einheit mit den ArbeiterInnen, um wirklichen Druck auf die Herrschenden auszuüben. Wann? Wie? Niemand kann es vorhersehen. Dennoch können diese Jugendliche den Weg zeigen: sie müssen sich politisch organisieren und eine revolutionäre Perspektive aufzeigen. Sie müssen sich an die ArbeiterInnen wenden und sie zum Kampf ermuntern. Sie müssen die GewerkschaftsführerInnen zu militanten Aktionen und der Organisation eines Generalstreiks auffordern. Auf diesem Weg können sie die ersten Schritte hin zu einer Zukunft ohne Kapitalismus unternehmen.

- ★ *Tous ensemble!* (Alle zusammen!)
- ★ *Pour la grève generale!* (Für den Generalstreik!)
- ★ Polizei raus aus den Vorstädten!
- ★ Für eine revolutionäre Jugendorganisation!
- ★ Für eine revolutionäre Partei der ArbeiterInnen!
- ★ One solution: Revolution!
von Flora (aus Frankreich),
Revo Berlin



Der Kampf in Kurdistan

Der in Kurdistan seit Jahrzehnten schwellende Konflikt ist seit den Angriffen des türkischen Militärs auf angebliche Stellungen der PKK im Norden des Irak wieder in den Fokus der Medien, aber auch der Linken gerückt, die das Thema seit einigen Jahren konsequent verdrängt hatte. In den bürgerlichen Medien werden die Guerillaeinheiten der PKK als „Terroristen“ dargestellt, doch bei genauerer Betrachtung des kurdischen Konflikts müssen ganz andere Schlüsse gezogen werden.

Im Laufe der Geschichte wurde Kurdistan immer wieder von verschiedenen lokalen Mächten erobert, bis es schlussendlich 1514 vom Osmanischen Reich annektiert wurde. Nach dem ersten Weltkrieg und der Zerschlagung des Osmanischen Reichs wurde das kurdische Siedlungsgebiet auf vier verschiedene Nationalstaaten aufgeteilt: Die Türkei, den Irak, den Iran und Syrien. Vor allem in der Türkei kam es auf Grund der rigorosen „Assimilierungspolitik“ der türkischen Regierung dazu, dass KurdInnen ihre eigene Kultur nicht frei ausleben durften und die kurdische Sprache aus dem öffentlichen Raum verbannt wurde. Es kam auch zu Widerstand seitens kurdischer Menschen, der bis heute anhält.

Im Iran waren die KurdInnen ähnlich starker Repressionen ausgesetzt, erst durch das Schahregime und fast nahtlos daran anknüpfend durch die islamische Republik. Im Irak existierte seit dem zweiten Golfkrieg 1991 eine „Sonderschutzzone“ im Norden, die einen Großteil des irakisch-kurdischen Siedlungsgebiets umfasste. Diese wurde nach dem Überfall der USA und ihrer Verbündeten 2003 in eine autonome Provinz umgewandelt.

Die PKK

Im Laufe der Geschichte gab es immer wieder Organisationen, die sich bewaffnet oder nicht für die Befreiung Kurdistans von den verschiedenen Besatzungsmächten eingesetzt haben. Die einflussreichste und welt-

Eine kurze Geschichte des kurdischen Freiheitskampfes

weit bekannteste unter ihnen ist die aus dem türkischen Teil des kurdischen Siedlungsgebiets stammende Arbeiterpartei Kurdistans (*Partiya Karkerên Kurdistan*, PKK). Die PKK wurde am 27. November 1978 gegründet, als Ergebnis der Verschärfung der Repression gegenüber den KurdInnen zu dieser Zeit, und versuchte durch einen Guerillakampf die türkische Besatzung Kurdistans zu beenden, mit dem Ziel eines unabhängigen Kurdistans und einer neuen Gesellschaft.

Im Laufe der Zeit wurde diese Strategie aber mehr und mehr revidiert und seit dem Jahr 2005 verfolgt die PKK (bzw. ihre Nachfolgerorganisationen) den „demokratischen Konföderalismus“, eine vom ehemaligen PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan formulierte Ideologie, die sich in grundlegenden Zügen an der Strategie der EZLN im mexikanischen Chiapas orientiert. Das erklärte Ziel der PKK ist mittlerweile kein eigenständiger kurdischer Staat mehr, sondern möglichst viel Autonomie auf lokaler Ebene für die KurdInnen.

Im Vergleich zu vielen anderen Befreiungsbewegungen hat die PKK einen sehr großen Frauenanteil und ihre Haltung zur Rolle der Frau in Gesellschaft und Organisation ist sehr fortschrittlich. Die weiblichen Mitglieder sind in einer Unterorganisation, der Partei der freien Frau Kurdistans (PAJK), organisiert, sie haben eigene Kampfverbände und militärische Kommandos.

Trotz des demokratischen Anspruchs der PKK scheint es, dass die Partei von Abdullah Öcalan (um dessen Figur sich ein starker Kult entwickelt hat) allein geführt wird. Dieser wird seit 1999 in menschenunwürdigen Bedingungen auf einer türkischen Gefängnisinsel in Isolationshaft festgehalten, d.h. es ist klar, dass er selbst nicht die tagtägliche Arbeit lenkt. Allerdings gibt er nach wie vor die ideologische Leitlinie der Partei vor. Solch ein

Personenkult, der so stark an den Stalinismus erinnert, ist abzulehnen, denn nur eine Organisation, die offen über ihre Analysen über die Strategie, die daraus resultiert, diskutiert und demokratisch über diese Fragen entscheidet, kann eine erfolgreiche Strategie entwickeln.

Der Kampf der PKK und der anderen kurdischen Guerillaorganisationen gegen die verschiedenen Besatzungsmächten ist fortschrittlich und unterstützenswert. Allerdings scheint die angewendete Guerillastrategie wenig erfolgsversprechend: Durch den Rückzug der PKK in die Berge der türkisch-iranisch-irakischen Grenzregion isoliert sie sich selbst von ihrer Basis in den Dörfern und Städten. So ist eine Intervention in den alltäglichen Kampf der kurdischen Bevölkerung nahezu unmöglich.

Die Rettung?

Es gibt unter den KurdInnen auch Strömungen, die – auf den Nordirak blickend – die Zusammenarbeit mit den imperialistischen Mächten ausbauen wollen, zum Beispiel im Kampf gegen das iranische Regime, um ihre Autonomie zu erreichen. So flog der Vorsitzende der PJAK, der Schwesterpartei der PKK im Iran, vor einigen Monaten nach Washington, um dort vor US-Regierungsvertretern um Unterstützung zu werben.

Doch diese proimperialistische Perspektive führt die KurdInnen nicht zur Befreiung. Es wird nichts am Leid der kurdischen Bevölkerung ändern, sondern höchstens einer kleinen Schicht helfen, sich selbst zu bereichern wie aktuell im Nordirak. Außerdem wäre ein durch imperialistische Hilfe entstandener kurdischer Nationalstaat in der Region kaum lebensfähig, sondern würde den Hass von Millionen AraberInnen und PerserInnen auf sich ziehen.

Eine Lösung der kurdischen Frage ist nicht möglich ohne eine radikale Neuformierung der gesamten türkischen, irakischen oder iranischen Gesellschaft. Es gilt, den Kampf des kurdischen Volkes für kulturelle und politische Selbstbestimmung mit dem Kampf der türkischen, irakischen, iranischen und syrischen ArbeiterInnen zu verknüpfen, denn diese haben kein materielles Interesse an der Unterdrückung der KurdInnen.

Doch diese Solidarität organisiert sich nicht spontan von selbst. Um eine wirkliche Strategie gegen die kapitalistischen HerrscherInnen zu entwickeln, braucht es einer internationalen revolutionären Arbeiterpartei, die in der Lage ist, einen internationalen Kampf gegen alle kapitalistischen Staaten zu führen. Denn nur international lassen sich die Probleme und deren Wurzel, das kapitalistische System, beseitigen.

von Antonio, Revo Berlin



Die kurdischen Gebiete (weiß)

REVOLUTIONÄRINNEN: kommunistische Frauen

Rosa Luxemburg

Rosa Luxemburg, der wir bei der LLL-Demo gedenken, wird von Altstalinistinnen, AnarchistInnen, der Linkspartei – ja sogar der SPD! – hochgehalten. Aber wer war Rosa Luxemburg eigentlich?

Rosa Luxemburg wurde am 5. März 1871 im damals russischen Teil Polens geboren. Im Alter von 16 Jahren schloss sich Rosa Luxemburg der polnischen revolutionär-sozialistischen Partei „Proletariat“ an. Diese Partei hatte ein Jahr nach ihrer Gründung 1882 den ersten Massenstreik in Europa organisiert. Auf Grund dessen konnte sie nur noch im Untergrund arbeiten. 1888 bestand Rosa Luxemburg ihr Abitur mit Auszeichnung. Wegen ihrer politischen Arbeit drohte ihr im folgenden Jahr jedoch eine Verhaftung und sie musste nach Zürich fliehen. Dort studierte sie u.a. Politik, Geschichtswissenschaften und Mathematik.

1893 gründete sie mit weiteren RevolutionärInnen die „Sozialdemokratie des Königreich Polens“ (SDKP), später SDKPiL. Es existierte allerdings auch eine weitere Partei in Polen, die „Polnische Sozialistische Partei“ (PPS). Deren Ziel war vor allem die Unabhängigkeit Polens. Rosa Luxemburg kritisierte diese Sichtweise der PPS in der Exilzeitung „Sprawa Robotnicza“ (Arbeitersache) und meinte, ein unabhängiges Polen wäre nur durch eine gesamteuropäische Revolution erreichbar und das Selbstbestimmungsrecht der Völker nur im Sozialismus zu verwirklichen.

1898 heiratete sie Gustav Lübeck. So erhielt Rosa die deutsche Staatsbürgerschaft und konnte in die SPD eintreten. Im neuen Parteiprogramm 1891 gewann innerhalb der SPD der Reformismus immer mehr an Bedeutung. Rosa stellte sich dort strikt dagegen und verteidigte weiter die marxistische Lehre, dass eine Revolution notwendig sei, um den Kapitalismus zu beenden. Der Sozialdemokrat Eduard Bernstein war der Ansicht, die langfristige Verbesserung des Lebensstandards sei durch aufeinander aufbauende Reformen erreichbar. 1899 schrieb Rosa Luxemburg ein Buch „Sozialreform oder Revolution?“ und setzte sich dort mit Bernstein auseinander.

Als 1905 die erste russische Revolution begann, reiste Rosa unter falschem Namen nach Polen. Sie hielt Versammlungen ab und veröffentlichte Zeitungen, um die Revolution voranzutreiben, wurde allerdings verhaftet und ausgewiesen. Später wurde sie wegen „Anreizung zum Klassenhass“ verurteilt.

1907 wurde sie zur Dozentin an der SPD-Parteischule. „Die Rote Rosa“ war eine starke Rhetorekerin und gewann rasch an Einfluss im linken Parteiflügel der SPD. Ab 1911 setzte sie sich verstärkt für Antimilitarismus ein. Ihr war klar, dass ein Krieg bevorstünde und sie wollte

die Massen darüber aufklären. Das brachte ihr im Februar 1914 eine erneute Verhaftung ein.

Am 4. August 1914 begann der Erste Weltkrieg und die SPD, obwohl sie offiziell eine antimilitaristische Position vertrat, stimmte geschlossen für die Kriegskredite der Regierung. Am 5. August 1914 gründete Rosa mit mehreren anderen Parteimitgliedern, u.a. Clara Zetkin, die „Gruppe Internationale“ (später „Spartakusbund“), um eine revolutionär-internationalistische Linie zu verteidigen. Wenig später schloss sich Karl Liebknecht dieser Gruppe an.

Im Februar 1915 wurde sie inhaftiert, aufgrund ihres schlechten Gesundheitszustandes im Januar 1916 allerdings wieder freigelassen. Nur wenige Monate später wurde sie jedoch ein weiteres Mal in Haft genommen und musste dort in schlimmsten Verhältnissen leben. Trotz allem versuchte sie den Kontakt nach außen zu halten, schrieb Zeitungsartikel und Flugblätter, sogar einige Broschüren.

Im November 1918 wurde sie durch die Novemberrevolution und den Sturz des Kaisers aus dem Gefängnis befreit. So schnell es ihr möglich war reiste sie nach Berlin. Luxemburg und Karl Liebknecht gaben gemeinsam die Zeitung „Die rote Fahne“ heraus. Sie setzten sich für eine sozialistische Revolution ein. Jedoch war ihre Organisation, der Spartakusbund, sehr schwach. Die SPD konnte Luxemburg und Liebknecht aus den Arbeiterräten vertreiben.

Am 1. Januar 1919 gründeten die SpartakistInnen und andere Linke die KPD. Im Parteiprogramm betonte Rosa Luxemburg, dass die KPD die Macht nur mit Unterstützung des Volkes übernehmen könne und werde. Am 5. Januar kam es zu einem Aufstand der Berliner ArbeiterInnen, um die Regierung des Sozialdemokraten Ebert zu stürzen. Ebert rief zur gewaltsamen Zerschlagung des Aufstandes auf – hunderte Arbeiter wurden von Militärs und den reaktionären Freikorps erschossen. Rosa und Karl wurden am 15. Januar 1919 verhaftet und ins Hotel Eden gebracht. Sie wurden verhört, misshandelt und anschließend ermordet. Rosas Leiche wurde in den Landwehrkanal geworfen und erst am 1. Juni 1919 entdeckt.

Luxemburg hat die Bedeutung einer revolutionären Organisation oder Partei, um die Revolution zum Sieg zu führen, ihr Leben lang unterschätzt. Das Fehlen einer starken revolutionären Partei war eine der Ursachen für das Scheitern der sozialistischen Revolution in Deutschland. Dennoch bleibt Luxemburg eine der bedeutendsten marxistischen RevolutionärInnen der Geschichte und ein Beispiel für uns heute.

von Jojo, Revo Rostock



Alleine ist es schwer zu kämpfen! Deswegen organisieren wir uns in der unabhängigen Jugendorganisation **REVOLUTION** und kämpfen für eine Welt ohne Rassismus, Sexismus, Umweltzerstörung, Ausbeutung und Krieg – für eine Welt ohne Kapitalismus! Willst du mitkämpfen? Schau einfach bei der Revo-Gruppe in deiner Nähe vorbei oder besuche unsere Seite!

REVOLUTION Germany

berlin@revolution.de.com

bernav@revolution.de.com

kiel@revolution.de.com

plauen@revolution.de.com

rostock@revolution.de.com

wolfsburg@revolution.de.com

REVOLUTION Weltweit

International • www.revolution.int.tf

Schweiz • www.revolution.ch.tc

Tschechien • www.revo.cz.tc

Australien • www.revo.au.tt

Unabhängigkeits- erklärungen

Sollte eine kommunistische Jugendbewegung unabhängig sein? Antworten auf diese Frage von Liebknecht, Lenin, Trotzki, der Kommunistischen Internationale und anderen.

40 Seiten, 2€



Der Weg zur Revolution

Das Manifest der unabhängigen Jugendorganisation REVOLUTION – ein Fahrplan für die Weltrevolution! Beschlossen auf dem Revocamp 2003, geändert auf den Revocamps 2004 und 2007.

20 Seiten, 1€



V.i.S.d.P.: R. Müller, Hamburg

ANZEIGE

Für eine sozialistische Revolution in Venezuela!

Diese Broschüre bietet eine Bilanz und Perspektiven des „bolivarischen Prozesses“ und die Chancen für die Arbeiterklasse. Es geht darum, die Kämpfe des Proletariats in Venezuela zu unterstützen und den „Chavismus“ kritisch zu untersuchen.

96 Seiten, 3,50€ • www.sozialismus.net



Kein Krieg in Kurdistan!

Stoppt die Übergriffe auf kurdische Menschen in der BRD, in der Türkei, im Nordirak und überall!

Seit dem 16. Dezember des letzten Jahres bombardiert die türkische Luftwaffe kurdische Dörfer im Norden des Irak. Laut offiziellen Stellungnahmen der türkischen Regierung und Armeeführung galten diese Bombardements Stellungen der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK).

Jedoch wurden bei diesen Angriffen Krankenhäuser, Schulen, Wohnhäuser zerstört, ZivilistInnen getötet und über 2.000 Menschen aus ihren Dörfern vertrieben, die nun vollkommen schutzlos dem harten Winter in den Bergen in der irakisch-türkisch-iranischen Grenzregion ausgesetzt sind. Auch wurde der anhaltende Beschuss durch türkische Artillerie verstärkt, Bodentruppen rückten über die irakisch-türkische Grenze in die „autonome Region Kurdistan“ vor.

Die USA spielen mit...

Unterstützt wurden die türkischen Militärs durch die US-Armee im besetzten Irak: sie öffnete nicht nur den nordirakischen Luftraum für die türkischen Bomber, sondern gab auch der türkischen Luftwaffe Videoaufnahmen amerikanischer Spionageflugzeuge und -drohnen, die über Stellungen der PKK und anderer Guerillaorganisationen kreisen. Außerdem wurde in Ankara ein gemeinsames Büro von US-Geheimdiensten und türkischer Armee zur Koordinierung des Vorgehens gegen Organisationen, die für die Freiheit der KurdInnen kämpfen, eingerichtet.

Die Regierung der Region Kurdistan, ein korrupter Klüngel bestehend aus der Demokratischen Partei Kurdistans (KDP) und der Patriotischen Union Kurdistans (PUK), protestierte zwar sachte gegen die türkische Invasion, wagte es aber

nicht, Wort gegen die US-BesatzerInnen, von denen sie politisch und ökonomisch abhängig ist, zu erheben. Stattdessen beteiligt sich diese Regierung an der Repression gegen die PKK und Organisationen, die ihr nahe stehen. So wurde zum Beispiel die Bergregion, in der sich PKK-KämpferInnen aufhalten, abgeriegelt, sodass keine Lebensmittellieferungen mehr dorthin gelangen. Diese Maßnahme trifft vor allem die Dorfbevölkerung in dieser Gegend.

An dem Verhalten der kurdischen Regierung des Nordiraks zeigt sich, dass der Weg der Kollaboration mit imperialistischen Mächten den KurdInnen nicht weiterhilft bei ihrem Kampf um politische und kulturelle Selbstbestimmung. Solch eine Selbstbestimmung ist nur durch Zusammenarbeit der ArbeiterInnen und BauernInnen der

Region gegen die imperialistischen Aggressoren erreichbar.

...und auch die BRD

Die Wochen und Monate vor dem türkischen Angriff waren von einer starken antikurdischen Hetzten in der Türkei begleitet, die auch auf manche türkisch-stämmige Menschen in Deutschland wirkte. So kam es am Rande einer Demonstration der faschistischen „Grauen Wölfe“ in Berlin-Kreuzberg zu einer Pogrom-Stimmung gegen in Berlin lebende KurdInnen. Und auch wenn der Berliner Innensenator davon spricht, dass ausländische Konflikte auf diese Weise in die Bundesrepublik importiert würden, so ist der deutsche Staat eine an diesem Konflikt teilnehmende Partei: Die Panzer, mit denen der nördliche Irak überfallen wird, stammen größtenteils aus deutscher Produktion.

Auch an der Repression gegen die kurdische Freiheitsbewegung nimmt die BRD teil: Die PKK und andere kurdische Organisationen sind auch in Deutschland verboten. Ihre Mitglieder werden teilweise inhaftiert, manche von ihnen sollen in türkische Folterknäste ausgeliefert werden, und kommunistische Organisationen aus der Türkei werden mit Hilfe der Terrorparagrafen 129a und b schikaniert.

- ★ Für das Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes und aller unterdrückten Völker des Nahen Ostens!
- ★ Nein zur Repression gegen kurdische und türkisch-kommunistische Organisationen in der BRD!
- ★ Schützt kurdische Menschen vor rassistischen Übergriffen durch die „Grauen Wölfe“ und andere RassistInnen!
- ★ Für eine sozialistische Föderation des Nahen Ostens, um Wohlstand und Selbstbestimmung für alle Menschen zu gewährleisten!

von Antonio, Revo Berlin

siehe auch den Hintergrundartikel auf Seite 10

